

Grigorij Mesežnikov

Die Regionalwahlen vom Dezember 2001 in der Slowakei

■ Politischer, rechtlicher und institutioneller Rahmen der Verwaltungsreform

Bereits 1996 kündigte die Regierung von Vladimír Mečiar eine Verwaltungsreform an und teilte dazu die Slowakische Republik in acht Bezirke ein. Dabei beabsichtigte Mečiar durch eine Änderung der territorialen Verwaltungsstruktur des Landes aber offensichtlich nicht eine Reform der Verwaltung, sondern in erster Linie eine Absicherung der Machtinteressen der größten Regierungspartei: „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS). In der Regierungszeit der Mečiar-Regierung kam es jedoch weder zur Übertragung von Kompetenzen an gewählte Organe der regionalen Selbstverwaltung noch zu einer wirklichen Dezentralisierung der Macht. Das 1996 eingeführte Modell der Verwaltungsregionen wurde von der damaligen Opposition sowie von vielen Experten für Regionalentwicklung und Selbstverwaltung scharf kritisiert. Die größten Vorbehalte richteten sich gegen die künstlichen Grenzen der jeweiligen Bezirke, die den historisch gewachsenen Regionen des Landes nicht entsprachen und sozialökonomische, kulturelle und ethnodemografische Besonderheiten ignorierten.

Die aus den Wahlen 1998 hervorgegangene Regierung von Mikuláš Dzurinda erklärte die Reform der öffentlichen Verwaltung zu einem wichtigen Ziel der neuen Regierung. Im Februar 1999 richtete die Regierung den Posten des Regierungsonderbeauftrag-

Die Regionalwahlen im Dezember 2001 waren nicht nur im Jahre 2001 ein Schlüsselereignis der innenpolitischen Entwicklung der Slowakischen Republik, sondern beschäftigten seit der Amtsübernahme die Koalitionsregierung von Mikuláš Dzurinda. Die Vorbereitungen und Durchführung sowie die Ergebnisse dieser Wahlen beinhalteten wichtige Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung in der Slowakei – die Verfassungsreform, Reform der öffentlichen Verwaltung, das Kräfteverhältnis zwischen den politischen Hauptakteuren, Beziehungen der Parteien innerhalb der Regierungskoalition, die Meinungsbildung und politische Grundstimmung der Bevölkerung ein Jahr vor den Parlamentswahlen. Es handelte sich um die ersten Regionalwahlen in der Geschichte der selbstständigen Slowakischen Republik. Zu ihrer Verwirklichung wurden die notwendigen gesetzlichen und institutionellen Grundlagen geschaffen. So wurden die Aufgaben der regionalen Selbstverwaltung, die entsprechende Wahlgesetzgebung und die Übertragung der Kompetenzen und Finanzen von der Staats- auf die Selbstverwaltungsorgane auf regionaler und kommunaler Ebene rechtlich geregelt.

ten für die Reform der Öffentlichen Verwaltung ein. Seine Aufgabe war es, eine Reformkonzeption zu erarbeiten, die eine Dezentralisierung und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung vorbereiten sollte. Zum Regierungsbeauftragten wurde der geschäftsführende Direktor eines unabhängigen Wirtschaftsinstituts – MESA 10 – Viktor Nižnanský ernannt. In Zusammenarbeit mit Vertretern von zwei Organisationen der kommunalen Selbstverwaltung – Verein der Städte und Gemeinden der Slowakei und Union der Städte der Slowakei – und staatlicher Institutionen und Nichtregierungsorganisationen sowie der Regierungsparteien legte der Regierungsbeauftragte die „Konzeption der Dezentralisation und Modernisierung der Verwaltungsreform“ vor, die im April 2000 von der Regierung gebilligt wurde. Dieses Dokument diente als Ausgangspunkt für die im August von der Regierung verabschiedete „Strategie der Reform der öffentlichen Verwaltung“. Es handelte sich um ein komplexes fachpolitisches Material, das sich nicht nur mit der territorialen und administrativen Einteilung des Landes, sondern auch mit den damit zusammenhängenden Schritten im Bereich der öffentlichen Finanzen, der Rechtsvorschriften, der Führung, der Bildung, der Kontrolle der öffentlichen Verwaltung und ihrer Ausstattung mit EDV beschäftigte.

Schlüsselbedeutung bei der Vorbereitung und Durchführung der Reform hatten die Meinungen der einzelnen Regierungsparteien zur Problematik der öffentlichen Verwaltung und die Beziehungen unter den Koalitionspartnern.

Schlüsselbedeutung bei der Vorbereitung und Durchführung der Reform hatten die Meinungen der einzelnen Regierungsparteien zur Problematik der öffentlichen Verwaltung und die Beziehungen unter den Koalitionspartnern. Schon während der Vorbereitung des Konzeptionsrahmens der Reform kamen erhebliche Unterschiede in der Einstellung der Regierungsparteien zu verschiedenen Aspekten der Reform auf. Es ging dabei vor allem um die vorgeschlagene Anzahl der Selbstverwaltungseinheiten, um die Struktur der Staatsverwaltung, um das Maß der Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung und um den Umfang der vom Staat auf die Selbstverwaltung übertragenen Kompetenzen.

Im April und Juni 2000 stimmte die Regierung von Mikuláš Dzurinda den Beschlüssen zur Verwaltungsreform zu, die sich auf die „Konzeption der Dezentralisation und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung“ von V. Nižnanský stützten. Nach den

ursprünglichen Vorstellungen sollten die auf die Verwaltungsreform bezogenen Gesetze im Anschluss an die Verfassungsnovelle der Slowakischen Republik im Jahre 2000 verabschiedet werden. Im Angesicht der Bestrebungen der Oppositionsparteien um Ausschreibung vorgezogener Parlamentswahlen beschlossen die Parteien der Regierungskoalition die Parlamentsdebatte zur Verfassungsänderung auf den Zeitraum nach dem von dem oppositionellen HZDS und der Slowakischen Nationalen Partei (SNS) initiierten Referendum zu vorgezogenen Wahlen zu verlegen. Das Referendum fand im November 2000 statt und war wegen der niedrigen Wahlbeteiligung (20 Prozent) ungültig. Im Laufe der folgenden Wochen suchten die Regierungsparteien nach Übereinkunft hinsichtlich der Unterstützung der Verfassungsnovelle.

Die angestrebte Übereinstimmung war im Januar 2001 erreicht worden. Im Februar 2001 wurde die Verfassungsänderung verabschiedet. Die Novelle, die den demokratischen Charakter des Staates bekräftigte, verankerte die zweite Ebene der Selbstverwaltung in Form einer Vertretung der Höheren territorialen Einheit (VÚC), d.h. Regionalparlament und Vorsitzender der VÚC. Somit wurde die institutionelle Grundlage zur Verwirklichung weiterer legislativer und administrativer Schritte im Rahmen der Verwaltungsreform geschaffen.

Im Laufe der nächsten Monate (März bis Juni 2001) ist innerhalb der Regierungskoalition eine äußerst gespannte, beinahe in einen Konflikt ausartende politische Debatte über die vorbereiteten Gesetze zur Verwaltungsreform zum Austrag gekommen. Die auf der Regierungsebene getroffene Abmachung über die Grundprinzipien der Reform, die sich auf die „Strategie der Reform der öffentlichen Verwaltung“ stützte und somit mit zwölf VÚC rechnete, wurde auf der allgemein politischen und besonders auf der parlamentarischen Ebene von den Koalitionspartnern nicht als verbindlich betrachtet. Das betraf vor allem die Frage der territorialen und Verwaltungseinteilung des Landes.

Die einzelnen Koalitionspartner brachten offen Vorbehalte gegen die alternativen Standpunkte zum Ausdruck und änderten ihre eigenen Standpunkte, wobei sie sich auf die Änderungen der Positionen

■ Im Februar 2001 wurde die Verfassungsänderung verabschiedet. Die Novelle verankerte die zweite Ebene der Selbstverwaltung in Form einer Vertretung der Höheren territorialen Einheit (VÚC), d.h. Regionalparlament und Vorsitzender der VÚC. Somit wurde die institutionelle Grundlage zur Verwirklichung weiterer legislativer und administrativer Schritte im Rahmen der Verwaltungsreform geschaffen.

ihrer Partner bezogen. In dieser Weise gingen die Vertreter der Partei der Demokratischen Linken (SDL) vor, wobei sie behaupteten, die Forderungen der Partei der Ungarischen Koalition (SMK) auf Errichtung der sogenannten Komarno-Region, d.h. einer Höheren Territorialen Einheit mit überwiegend ungarischer Bevölkerung, zwinge sie, ihre ursprüngliche Unterstützung der Zwölf-VÚC-Variante neu zu bewerten. Ähnlich gingen auch die Vertreter der Partei der Bürgerlichen Verständigung (SOP) vor, die im Januar 2001 sogar vorschlugen, die Verwaltungsreform bei Bewahrung der existierenden territorialen Verwaltungseinteilung des Landes auf acht Bezirke durchzuführen. SMK präsentierte bei Koalitionsbesprechungen wiederholt ihre Meinung über die Notwendigkeit der Bildung einer besonderen Region und war mit der 12-Regionen-Variante, die zur Fragmentierung des Gebietes mit kompakter Bevölkerung ungarischer Nationalität führen würde, nicht einverstanden.

■ Obwohl Anfang März 2001 vier Koalitionsparteien (ohne SMK) ihre Unterstützung der Zwölf-VÚC-Variante bestätigten, wurden in den folgenden Wochen von Vertretern einzelner Regierungsparteien erneut unterschiedliche Standpunkte präsentiert und miteinander unvereinbare Lösungen vorgeschlagen.

Obwohl Anfang März 2001 vier Koalitionsparteien (ohne SMK) ihre Unterstützung der Zwölf-VÚC-Variante bestätigten, wurden in den folgenden Wochen von Vertretern einzelner Regierungsparteien erneut unterschiedliche Standpunkte präsentiert und miteinander unvereinbare Lösungen vorgeschlagen. Von Schlüsselbedeutung war in dieser Situation der Beschluss des Republikausschusses der SDL, der die Vertreter seiner Partei zur Unterstützung der Achter-Variante verpflichtete. Damit hat sich die SDL endgültig von der Unterstützung des Zwölfer-Modells abgewendet und zu Vorschlägen der SOP zur Errichtung von acht VÚC zugeneigt. Einige Tage später, als die Vertreter von Regierungsparteien wiederholt zu keiner Übereinstimmung im Hinblick auf die Unterstützung der Zwölfer-Variante gelangten, empfahl der Koalitionsrat (das höchste politische Organ der Regierungskoalition) der Regierung, dem Parlament zwei Alternativvorschläge zur territorialen und Verwaltungseinteilung zu unterbreiten. Diese Empfehlung bedeutete Resignation hinsichtlich einer gemeinsamen Koalitionslösung und das Abwälzen der Verantwortung für die definitive Lösung auf das Parlament.

Anfang April 2001 billigte die Regierung den Gesetzesentwurf über die Selbstverwaltung der VÚC,

der das Zwölfer-Modell voraussetzte, und den Gesetzesentwurf zu Wahlen für die Selbstverwaltungsorgane der VÚC. Die beiden Gesetzesentwürfe wurden anschließend dem Nationalrat der SR zur Debatte vorgelegt. Unmittelbar nach der Verabschiedung der Regierungsentwürfe erklärten Vertreter der SDĽ, ihre Partei habe ernste Vorbehalte und werde im Parlament die mit der Achter-Variante rechnenden Abänderungsanträge durchsetzen. Die oppositionellen HZDS und SNS stellten sich strikt gegen das Zwölfer-Modell, wobei die HZDS ihre eindeutige Unterstützung der Achter-Variante ankündigte, falls es über eine solche zur Abstimmung im Parlament kommen sollte.

Die Unfähigkeit, innerhalb der Regierungskoalition zu einer Einigung zu kommen, die Übertragung der Verantwortung für eine endgültige Lösung aufs Parlament und die Ablehnung des Regierungsantrags von einem Teil der Koalitionspartner, die letztlich die angekündigten Änderungsvorschläge ins Spiel brachten, die im Widerspruch mit der von der Regierung angestrebten Lösung standen (und mit den Vorstellungen der stärksten Oppositionspartei übereinstimmten), deuteten darauf hin, dass die definitive Entscheidung über die endgültige Form der erwähnten Gesetze auf die Beziehungen innerhalb der Koalition schwerwiegende Auswirkungen haben würde.

Der Gesetzesentwurf, der die Bildung von 12 VÚC voraussetzte, wurde von der Regierung im Mai 2001 dem Parlament zur Debatte vorgelegt. Zwei Koalitionsparteien, die SDĽ und die SOP, haben jedoch schon im Voraus angekündigt, dass sie den Regierungsentwurf nicht unterstützen würden und die Achter-Variante vorziehen. Vorbehalte zum Regierungsentwurf wurden auch seitens der SMK laut. Der Antrag berücksichtige nicht ausreichend die ethnische Zusammensetzung einiger Regionen, so die SMK. Ihre eindeutige Absicht, die Zwölfer-Variante zu unterstützen, brachten die Mitglieder der Fraktion der Slowakischen Demokratischen Koalition (SDK) bzw. der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKÚ), Vertreter der Christlich – Demokratischen Bewegung (KDH) und unabhängige konservative, ursprünglich für SDK-DS (Demokratische Partei) gewählte Abgeordnete.

Der Gesetzesentwurf, der die Bildung von 12 VÚC voraussetzte, wurde von der Regierung im Mai 2001 dem Parlament zur Debatte vorgelegt. Zwei Koalitionsparteien, die SDĽ und die SOP, haben jedoch schon im Voraus angekündigt, dass sie den Regierungsentwurf nicht unterstützen würden und die Achter-Variante vorziehen.

Die Debatte war durch eine starke Konfrontation zwischen den einzelnen Fraktionen gekennzeichnet. Die Opposition (HZDS und SNS) bezichtigte die Regierung absichtlicher Destruktion der Grundlagen des Staates. Auch einige Koalitionsabgeordneten äußerten sich kritisch zur Art und Weise, wie die Gesetze vorbereitet worden waren.

Die Debatte war durch eine starke Konfrontation zwischen den einzelnen Fraktionen gekennzeichnet. Die Opposition (HZDS und SNS) bezichtigte die Regierung absichtlicher Destruktion der Grundlagen des Staates. Auch einige Koalitionsabgeordneten äußerten sich kritisch zur Art und Weise, wie die Gesetze vorbereitet worden waren.

Während der Debatte zum Gesetzesentwurf über VÚC reichten die Abgeordneten eine Anzahl von Änderungsvorschlägen ein, die meisten bezüglich der Anzahl der VÚC. SMK stellte den Antrag, das Modell 12 + 1 (mit einer markanteren Stellung von Bratislava) zur Geltung zu bringen und die VÚC Podunajsko mit dem Sitz in Komárno zu errichten. HZDS stellte den Antrag, acht VÚC zu errichten. Dieser stimmte mit dem 1996 von der Regierungskoalition HZDS-ZRS-SNS eingeführten Modell von acht Bezirken überein. Bei der Abstimmung über den Änderungsantrag der HZDS zur Errichtung von acht VÚC bildete sich am 4. Juli 2001 in dem Nationalrat der SR ad hoc eine 84-Stimmen-Mehrheit (von 143 anwesenden Abgeordneten), die durch die kongruente Abstimmung der Abgeordneten der HZDS, SNS, SDĽ und eines Teils der SOP-Abgeordneten erreicht wurde. Gegen diesen Antrag stimmten 54 Abgeordnete von SDK, SMK, KDH, der kleinere Teil der SOP-Abgeordneten und unabhängige konservative Abgeordnete. Nachdem das Parlament dem Änderungsentwurf zugestimmt hatte, beantragten die Fraktionen der KDH und SMK, den Gesetzesentwurf von der Tagesordnung des Nationalrates der Slowakischen Republik abzusetzen, andernfalls würden sie (zusammen mit den unabhängigen konservativen Abgeordneten) dagegen stimmen. In der Endabstimmung stimmten schon 112 der 143 Anwesenden für das Gesetz, es wurde auch von den Abgeordneten der SDK (SDKÚ) unterstützt. Dagegen waren die Abgeordneten der SMK, der KDH und vier unabhängige konservative Abgeordnete.

Am selben Tag wurde im Parlament auch das Gesetz zu den Wahlen für die Selbstverwaltungsorgane

verabschiedet. Für das Gesetz stimmten 105 von 122 anwesenden Abgeordneten. Die SMK-Abgeordneten nahmen an der Endabstimmung nicht teil, um ihre Missbilligung gegenüber der Art und Weise, wie der Änderungsantrag der HZDS zur Einführung von zwei Wahlgängen bei der Wahl der Vorsitzenden der VÚC behandelt wurde, zum Ausdruck zu bringen. SMK war von Anfang an gegen die Zwei-Wahlgänge-Wahl, sie betrachtete diese Wahlform als diskriminierend gegenüber den Vertretern der nationalen Minderheiten.

Die Abstimmung über das Gesetz zur Selbstverwaltung der VÚC, bei der sich ein Teil der Regierungskoalition (SDL und ein Teil der SOP) hinsichtlich der Schlüsselfrage der Reform – der territorialen Verwaltungseinteilung – den Oppositionsparteien anschloss (und bei der Endabstimmung über das Gesetz auch die SDKÚ), stellte eine schwerwiegende Veränderung im bisherigen Modell der Zusammenarbeit der Regierungsparteien dar. Die mangelnde Loyalität eines Teils der Regierungskoalition, begleitet von einem Zweckbündnis mit den Oppositionsparteien, nahm Dimensionen an, die die Fortsetzung der Koalitionszusammenarbeit ernsthaft gefährdeten und zur Folge hatten, dass einer der Koalitionspartner sich gezwungen sah, seinen Austritt aus der Regierungskoalition bekannt zu geben. Nach Verabschiedung der mit der Reform der öffentlichen Verwaltung zusammenhängenden Gesetze entschied sich SMK zum Austritt aus der Regierung. Nachfolgend stellte sie die Bedingung für ihr Verbleiben – die Änderung der schon verabschiedeten Gesetze über die VÚC und über die Wahlen für die VÚC. Im Verlauf einiger Wochen aber änderte SMK diese Bedingungen, so dass sie den, durch die „Konzeption der Dezentralisation und Modernisierung der Reform der öffentlichen Verwaltung“ festgelegten Ausgangsrahmen nicht überschritten. SMK bestand auf weiteren Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit der Reform der öffentlichen Verwaltung bis Ende September 2001 (es handelte sich um das sogenannte Kompetenzgesetz, die Änderung des Gesetzes über die Gemeindeordnung, die Änderung des Gesetzes über das Eigentum der Gemeinden, das Gesetz über das Eigentum der VÚC und die Änderung des Gesetzes über die Budgetregeln). Anfang September 2001 ga-

Nach Verabschiedung der mit der Reform der öffentlichen Verwaltung zusammenhängenden Gesetze entschied sich SMK zum Austritt aus der Regierung. Nachfolgend stellte sie die Bedingung für ihr Verbleiben – die Änderung der schon verabschiedeten Gesetze über die VÚC und über die Wahlen für die VÚC.

■ Das Kompetenzgesetz novellierte direkt 21 weitere Rechtsnormen. Gemäß diesem Gesetz gehen mehr als 300 Verantwortungsbe-reiche in den Jahren 2001 bis 2004 schrittweise auf die lokalen und regionalen Selbstverwaltungen über.

ben die Koalitionsparteien ihre Bereitschaft zur Abstimmung über das Kompetenzgesetz bekannt, das im Parlament in einem verkürzten Durchgang debattiert worden war. Dieses und weitere Gesetze und Gesetzesänderungen wurden in der zweiten Septemberhälfte und Anfang Oktober 2001 verabschiedet.

Das Kompetenzgesetz novellierte direkt 21 weitere Rechtsnormen. Gemäß diesem Gesetz gehen mehr als 300 Verantwortungsbereiche in den Jahren 2001 bis 2004 schrittweise auf die lokalen und regionalen Selbstverwaltungen über. Es handelt sich um Kompetenzen im Schulwesen, im Gesundheitswesen, in Kultur, Verkehr, Umwelt, in den Bereichen Sozialhilfe, allgemeine innere Verwaltung, regionaler Aufbau.

Die Bildung einer zweiten Stufe der Selbstverwaltung änderte wesentlich die gesamte Machtarchitektur im Staat. Experten erwarten einen steigenden Druck auf die Vertreter regionaler Interessen auf der zentralen Ebene, einschließlich der Vorschläge zur Errichtung einer weiteren Parlamentskammer. Die Entstehung regionaler Selbstverwaltungen beeinflusst ohne Zweifel auch die Entwicklung des Parteiensystems. Die Umsetzung regionaler Interessen wird zur Bildung von regionalen Lobbys in den einzelnen Parteien führen. Im Interesse ihres Erfolges in den Regionen werden die Parteien neue regionale Führungspersönlichkeiten hervorbringen, die den personellen Wechsel in den Parteiführungen erzwingen könnten. Die Regionalpolitik wird zur Wiege von Politikern, in die „große“ Politik beginnt mehr frisches „regionales“ Blut zu strömen. Die Konkurrenz innerhalb der Parteien wird sich verstärken, was der Demokratie einen neuen wichtigen Impuls geben kann.

■ Wahlen zu den Organen der Selbstverwaltung Höherer Territorialer Einheiten (VÚC)

Mit der Verabschiedung des Gesetzespaketes über die VÚC, über Wahlen in die Organe der VÚC, über die Kompetenzen der Organe der Selbstverwaltung, über ihr Eigentum und ihre Finanzierung wurde die legislative Grundlage für die Reform der öffentlichen Verwaltung geschaffen. Den ersten praktischen Schritt zur Schaffung der institutionellen Grundlage des reformierten Systems der Selbstverwaltung in der Slo-

wakei bildeten die Regionalwahlen im Dezember 2001. Es waren dabei acht Vorsitzende der VÚC und 401 Abgeordnete in die Vertretung der VÚC (Regionale Parlamente) zu bestimmen.

Gemäß dem Gesetz über die Wahlen für die Organe der VÚC entfiel auf jeweils 12 000 bis 15 000 registrierte Wähler ein Abgeordneter der regionalen Vertretung. Darum unterschied sich die Anzahl in den einzelnen Regionen – von 60 Abgeordneten in Košice bis 40 in Trnava. Die Anzahl der Mehrmandatwahlbezirke entsprach der Anzahl der Bezirke (die kleinste territoriale Einheit). Die Wahl der Abgeordneten erfolgte gemäß einer der Modifikationen des Mehrheitswahlsystems. Abgeordnete wurden jene Kandidaten, die die meisten Stimmen im Rahmen der zugeteilten Mandatsquote im entsprechenden Wahlbezirk erhielten. Insgesamt kandidierten bei der Wahl zu den regionalen Vertretungen (Regionale Parlamente) 4106 Kandidaten, davon 3565 Kandidaten der politischen Parteien (Koalitionen) und 541 unabhängige Kandidaten. Für die Funktion der Vorsitzenden der VÚC kandidierten 129 Kandidaten, davon 109 aus politischen Parteien und 20 Unabhängige.

Nach der Bekanntgabe des Wahltermins (1. Dezember 2001) konzentrierten sich die politischen Parteien darauf, die Art ihrer eigenen Teilnahme an den Wahlen zu bestimmen. Da die Stärke der Parteien in einzelnen Regionen bis auf kleine Ausnahmen keine verlässliche Garantie für ein erfolgreiches Ergebnis im Falle eines Alleinganges bot, widmeten sich die Parteien der Bildung von regionalen Koalitionen mit dem Ziel, ein Übergewicht an Präferenzstimmen über den potenziellen Rivalen zu erreichen, und das sowohl für die Wahlen zu den Parlamenten als auch für die Wahlen zu den Vorsitzenden. Schließlich entstandenen verschiedene Wahlkoalitionen, deren Zusammensetzung von Region zu Region unterschiedlich war. In einigen Regionen waren sogar die Zusammensetzung der Koalition bei den Abgeordnetenwahlen und die bei den Wahlen der Vorsitzenden der VÚC verschieden, es entstand jedoch in keiner der Regionen eine Koalition, die die Zusammensetzung der jetzigen Regierungskoalition auf staatlicher Ebene (SDKÚ, SMK, SOP, KDH) kopierte.

Die meiste Aufmerksamkeit verdiente bei Bildung der regionalen Wahlkoalitionen die Zusammenarbeit

Gemäß dem Gesetz über die Wahlen für die Organe der VÚC entfiel auf jeweils 12 000 bis 15 000 registrierte Wähler ein Abgeordneter der regionalen Vertretung. Darum unterschied sich die Anzahl in den einzelnen Regionen – von 60 Abgeordneten in Košice bis 40 in Trnava.

der Regierungsparteien SDĽ und SOP und der „alternativen“, nicht im Parlament vertretenen Partei SMER (Richtung) von Robert Fico mit der stärksten Oppositionskraft HZDS. Die Entstehung von regionalen Wahlkoalitionen unter Beteiligung dieser Parteien hat unter den politischen Analytikern in der Slowakei lebhafte Diskussionen darüber ausgelöst, ob es auf der slowakischen politischen Szene nicht zu einem grundlegenden Kräfteumschwung kommt, der das bisherige Modell der Beziehungen zwischen den wichtigsten politischen Akteuren ändert und einen eventuellen Wechsel in der Zusammensetzung der Regierungskoalition nach den Parlamentswahlen im Jahre 2002 bewirkt. Viel Aufruhr erweckte die Tatsache, dass in eine Koalition mit der HZDS nicht nur die Partei SMER eintrat, deren Vorsitzender sich bisher nicht klar ausgedrückt hatte, ob HZDS in ihrer jetzigen Form für ihn nach den Parlamentswahlen 2002 ein annehmbarer Partner wäre, sondern auch die SDĽ, die sich Jahre hindurch das Image einer modernen sozialdemokratischen Kraft aufgebaut hatte und jede Verbindung mit nationalistischen, populistischen und autoritären Parteien ablehnte.

In manchen Regionen entstanden Mitte-Rechts-Koalitionen, in die neben traditionellen nichtlinken Gruppierungen (SDKÚ, KDH, DS, SMK) auch die neue Partei ANO eintrat, deren Vorsitzender Pavol Rusko sich in letzter Zeit liberale Rhetorik zu Eigen gemacht hat, mit deren Hilfe er die Regierung Mikulás Dzurinda wegen ungenügender Reformbereitschaft kritisiert. In diesem Zusammenhang ergibt sich die Frage, ob die Teilnahme von ANO in diesen Regionalkoalitionen auf das Bestreben hindeutet, sich in die Gruppe der mitte-rechts-gerichteten Kräfte einzuführen.

Die Zusammensetzung der regionalen Koalitionen brachte zweifellos ein neues Element in die Entwicklung des Parteiensystems, dessen Bedeutung aber im Kontext mit anderen Faktoren zu betrachten ist, die wichtig sind für die Entwicklung der zwischenparteilichen Beziehungen auf regionaler Ebene und deren Nichtbeachtung zu unrichtigen und vorschnellen Beschlüssen führen könnte. Es gibt Faktoren, die das Verhalten der einzelnen politischen Parteien vor den Regionalwahlen beeinflusst haben. Die Analyse dieser Faktoren gibt eine gewisse Anleitung zur Er-

■ Die Zusammensetzung der regionalen Koalitionen brachte zweifellos ein neues Element in die Entwicklung des Parteiensystems.

klärung der Vorgehensweise der Parteien bei der Bildung regionaler Koalitionen.

Erstens: Koalitionen, die wegen der Wahlen zu den Regionalparlamenten entstanden, haben nicht den Charakter einer Regierungskoalition. Dass Parteien vor den Wahlen in eine Koalition in den einzelnen VÚC eingetreten sind, bedeutet nicht, dass damit Gruppierungen entstanden, auf Grund derer die regionalen Regierungen gebildet würden. Der Sinn der regionalen Koalition besteht darin, möglichst viele Vertreter der beteiligten Parteien ins regionale Parlament zu bekommen. Langfristig ist es schwer abzuschätzen, von welcher Dauer diese Koalitionsfraktionen in den Regionalparlamenten sein werden. Es kann geschehen, dass gemeinsame Fraktionen der Koalitionen, die in den Regionalwahlen kandidierten, einem Spaltungsprozess unterliegen und in den regionalen Parlamenten Parteien enger zusammenarbeiten werden, die bei den Wahlen gegeneinander standen.

Zweitens: Bei den Wahlen auf regionaler und lokaler Ebene traten Fragen der programmatischen Verwandtschaft in den Hintergrund, die jedoch für die Zusammenarbeit auf zentraler Ebene, wo es um die Regierungsbildung und die Ausarbeitung des Regierungsprogramms geht, wichtig sind. Die Fragen hingegen, die mit der Lösung örtlicher Probleme zusammenhängen, nehmen an Bedeutung zu. Die Einstellung potenzieller Partner zur Lösung dieser Probleme kann bei gewissen Umständen sogar zum entscheidenden Faktor für den Beschluss dieser oder jener Partei werden, mit einer anderen ein Bündnis abzuschließen.

Drittens: Auf regionaler und lokaler Ebene haben viele Faktoren keine Bedeutung, die ausschlaggebend für eine Zusammenarbeit auf zentraler (staatlicher) Ebene sind; z.B. spielen außenpolitische Prioritäten der Parteien oder ihre internationale Akzeptanz bei dem Entschluss, in eine Koalition einzutreten, keine solche Rolle wie auf zentraler Ebene.

Viertens: Die Entscheidung, einer Koalition beizutreten, wurde durch die Wahlformel beeinflusst. Das in den Regionalwahlen angewandte Mehrheitsmodell zwang Parteien mit schwächerer Wählerunterstützung, sozusagen „um jeden Preis“, einer Koalition beizutreten und, falls die Partei von einem der Koalitionspartner abgelehnt wurde (wie es tatsächlich im

Falle der SDĽ war, für die wegen niedriger Wählerunterstützung in manchen Regionen seitens der entstehenden nicht linksgerichteten Koalitionen kein Interesse bestand), suchte sie die Möglichkeit des Bündnisses mit einer anderen Kraft, die ihr den Einstieg in die regionale Vertretung ermöglichte. Für die SDĽ war der Eintritt in die Koalition mit HZDS und SMER motiviert vom Bestreben um das Überleben auf regionaler Ebene und dem Ziel, wenigstens irgendeine (wenn auch nur minimale) Vertretung im Selbstverwaltungsorgan der VÚC zu erreichen.

Fünftens: Die Entscheidung, sich zu einer regionalen Koalition zusammenzuschließen, treffen die Vertreter der zuständigen regionalen Parteistrukturen. Ihre unterschiedlichen Vorstellungen über das Modell der Zusammenarbeit der Koalition und manchmal auch persönliche Sympathien und Antipathien können die Karten in erheblichem Maße neu mischen. Der Fall der Verwaltungseinheit Košice, wo in die Koalition mit der SDKÚ nicht die Vertreter der KDH und DS, sondern SMK mit SMER eingetreten sind, wobei SMER in den anderen Regionen eine Koalition mit der HZDS geschlossen hat, kann als Beispiel dienen.

Tatsache bleibt, dass die Zusammensetzung regionaler Koalitionen eine gewisse Neigung einiger Parteien zur Zusammenarbeit andeutet. Ohne Zweifel tritt hier auch der Faktor der programmatischen Verwandtschaft einzelner Parteien hervor, wenngleich vorwiegend auf Ebene gegenseitiger negativer Abgrenzungen. Zum Beispiel verraten Anweisungen aus Parteizentralen, nicht in Wahlkoalitionen mit gewissen Parteien zu treten, die Grenzen der politischen Erwägungen für eine langfristige Perspektive. Die Zentralen der SDKÚ, KDH und der Partei ANO erteilten ihren regionalen Parteiorganisationen Anweisungen, in keine Koalitionsbündnisse mit HZDS und SNS einzutreten. Es ergeben sich jedoch Fragen in Zusammenhang mit der Zusammenarbeit von HZDS und SDĽ auf regionaler Ebene. Signalisiert sie künftige Absichten? Protagonisten dieser Zusammenarbeit in beiden Parteien bezeichneten ihre Koalition (außer HZDS und SDĽ traten ihr auch SMER und SOP bei) als „mitte-links“. Diese Bezeichnung ist allerdings unkorrekt. HZDS ist nämlich weder eine linksgerichtete, noch eine zentristische Partei, im Jahre 2000 hat sie sich offiziell zur „Volkspartei“ er-

Tatsache bleibt, dass die Zusammensetzung regionaler Koalitionen eine gewisse Neigung einiger Parteien zur Zusammenarbeit andeutet. Ohne Zweifel tritt hier auch der Faktor der programmatischen Verwandtschaft einzelner Parteien hervor, wenngleich vorwiegend auf Ebene gegenseitiger negativer Abgrenzungen.

klärt, die die Mitgliedschaft in der Europäischen Demokratischen Union anstrebt (in Wirklichkeit ist sie aber auch keine konservative Volkspartei). SMER behauptet von sich, sie sei eine unideologische pragmatische (weder links noch rechts gerichtete) Partei. Den linken Flügel dieser sonderbaren Gruppierung repräsentieren also nur die SDĽ und die SOP, was hinsichtlich ihrer derzeitigen Wahlpräferenzen (von einem Prozent bei SOP, vier bis sechs Prozent bei SDĽ) nicht hinreichend ist, um dieser Koalition einen Mitte-links-Charakter zuzuschreiben. Selbstverständlich kann parteiintern künftig der Druck von „unten“ (d.h. aus den regionalen Parteistrukturen) entstehen, den Versuch der Kooperation auf regionaler Ebene um Zusammenarbeit auf der Linie der „großen“ Politik zu ergänzen. Die Frage kann lauten: Wenn wir das in den Regionen geschafft haben, warum sollen wir es nicht auch im Zentrum versuchen?

Am 1. Dezember 2001 fand der erste Wahlgang der Regionalwahlen statt. Es wurden die Abgeordneten der Regionalvertretungen und die Vorsitzenden der VÚC gewählt. Da in sieben Regionen keiner der Kandidaten für das Amt des Vorsitzenden der VÚC die absolute Stimmenmehrheit erhielt, fand zwei Wochen danach, am 15. Dezember 2001, der zweite Wahlgang statt.

Am bemerkenswertesten bei den Regionalwahlen war die außergewöhnlich niedrige Wahlbeteiligung. Nur 26,02 Prozent der registrierten Wähler nahmen an der Abstimmung im ersten Wahlgang und 22,61 Prozent der Wähler am zweiten Wahlgang teil. Infolge so niedriger Wahlbeteiligung sind die Wahlergebnisse nicht ausreichend repräsentativ, um konkrete Schlüsse über die reale Verteilung politischer Kräfte im Lande zu ziehen. Für die schwache Wahlbeteiligung bei den Regionalwahlen gab es mehrere Gründe:

- Die allgemeine Apathie der Bürger, die aus der Nichterfüllung der großen Erwartungen von positiven Veränderungen nach den Parlamentswahlen 1998 hervorgeht, die Unzufriedenheit der Menschen mit der inneren Entwicklung im Lande und die Tatsache, dass die Änderungen, die in der Slowakei nach dem Jahre 1998 erfolgten, vom Großteil der Bürger für unzureichend gehalten werden.
- Das Phänomen der „Wahlmüdigkeit“ bei der Bevölkerung. In der Slowakei fanden seit 1998 jedes

■ Am bemerkenswertesten bei den Regionalwahlen war die außergewöhnlich niedrige Wahlbeteiligung. Nur 26,02 Prozent der registrierten Wähler nahmen an der Abstimmung im ersten Wahlgang und 22,61 Prozent der Wähler am zweiten Wahlgang teil.

Jahr gesamtstaatliche Wahlakte statt: im September 1998 Parlamentswahlen, im Dezember 1998 Kommunalwahlen, im Mai 1999 die Präsidentenwahl (zwei Wahlgänge), im November 2000 das Referendum über vorgezogene Parlamentswahlen und schließlich im Dezember 2001 Regionalwahlen. Das waren insgesamt sechs Wahlen innerhalb von drei Jahren. Die große Frequenz der Wahlakte erschwerte die Mobilisierung der Wählerschaft.

- Der absolute Mangel der Bürger an Erfahrung mit der Tätigkeit der gewählten Organe der regionalen Selbstverwaltung.
- Ungenügende Kenntnisse der Bürger vom Sinn der Bildung einer weiteren Stufe der Selbstverwaltung und der Bedeutung der Organe der VÚC für das praktische Leben der Einwohner.
- Der Mangel an Informationen über die verschiedenen Aspekte der Wahlen (Profile der Kandidaten, Kompetenzen der gewählten Organe der regionalen Selbstverwaltung) als Folge der ungeeigneten Gesetzesänderung über die Wahlen für die Organe der regionalen Selbstverwaltung, die den Einsatz elektronischer Medien im Wahlkampf unmöglich machte.
- Die außergewöhnlich kurze Zeitspanne zwischen der Verabschiedung der Gesetze zur Reform der öffentlichen Verwaltung und dem Termin des eigentlichen Wahlvorganges.
- Die demotivierende Wahrnehmung der Reform der öffentlichen Verwaltung seitens der Bürger, die die Reform als kontroversen Vorgang, verbunden mit Konflikten zwischen einzelnen politischen Parteien, vor allem wegen der Anzahl der VÚC, betrachteten.
- Die schwache Aktivität der politischen Parteien hinsichtlich der Mobilisierung der Wähler. Den überwiegenden Anteil ihrer Energie widmeten die politischen Parteien der Bildung der regionalen Koalitionen, weniger befassten sie sich damit, ihre Vorstellungen über die Lösung der regionalen Probleme zu erläutern.

Die Ergebnisse der Wahlen bestätigten die starke Position der oppositionellen HZDS in einigen Regionen und die solide Position der SMK in Regionen, in denen bodenständige Ungarn leben. Die Wahlen zeigten gleichzeitig, dass bei einer geeigneten Form

■ Die Ergebnisse der Wahlen bestätigten die starke Position der oppositionellen HZDS in einigen Regionen und die solide Position der SMK in Regionen, in denen bodenständige Ungarn leben.

des Bündnisses demokratische, nicht linksgerichtete Kräfte real mit der stärksten Oppositionspartei konkurrieren können. In Regionen, wo es rechtsdemokratischen Parteien gelungen ist, ein Koalitionsbündnis abzuschließen, war ihr Wahlergebnis besser.

In zwei Regionen wurden triumphale Ergebnisse der sich gegenüberstehenden politischen Blöcke erzielt – in der Region Bratislava erreichte die nichtlinke Koalition SDKÚ-KDH-ANO-SMK-DS die überwältigende Mehrheit der Abgeordnetenmandate (40 von 46), in der Region Trenčín gewann die HZDS alle 45 Mandate. In den übrigen Regionen war die Situation viel differenzierter. In vier Regionalparlamenten – Regionen Žilina, Trnava, Banská Bystrica und Prešov – entstanden mehrheitliche Blöcke (unterschiedlicher Stärke und Zusammengehörigkeit) mit Beteiligung der HZDS, in zwei Regionen – Nitra und Košice – erzielten die Regierungsparteien die Mehrheit.

Die Gesamtbilanz der Wahlen zu den Regionalparlamenten ist folgende: die HZDS hat 146 Abgeordnetenmandate (36,4 Prozent), SMK 84 Mandate (20,9 Prozent), KDH 36 Mandate (9,0 Prozent), SMER 29 Mandate (7,2 Prozent), SDKÚ 28 Mandate (7,0 Prozent), SDĽ 25 Mandate (6,2 Prozent), ANO 13 Mandate (3,2 Prozent), DS elf Mandate (2,7 Prozent), SOP acht Mandate (2,0 Prozent), die übrigen Parteien (SNS, PSNS, SDS, KSS, SDSS) 8 Mandate (2,0 Prozent) und unabhängige Kandidaten 13 Mandate (3,2 Prozent). Würde man das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen Gruppierungen mit Rückicht auf Programmähnlichkeit der Parteien bestimmen, so hätten die mitte-rechts-orientierten demokratischen Parteien SMK, KDH, SDKÚ, ANO und DS zusammen 42,2 Prozent der Mandate, die nationalautoritären Parteien (HZDS, SNS, PSNS) zusammen 37,6 Prozent der Mandate und die linken bzw. linksoorientierten Parteien (SMER, SDĽ, SOP, SDSS, KSS) zusammen 15,8 Prozent der Mandate gewonnen. Eine absolute Niederlage erlitten die radikalen Nationalisten. Keine ihrer beiden Parteien (SNS, PSNS) wurde in eine der Wahlkoalitionen aufgenommen, zusammen erzielten diese beiden miteinander rivalisierenden Parteien nur fünf Mandate.

Im ersten Wahlgang um die Vorsitzenden der VÚC war der einzige Kandidat, der mehr als die Hälfte der Wählerstimmen erzielte, der Vertreter der Mitte-

■ In zwei Regionen wurden triumphale Ergebnisse der sich gegenüberstehenden politischen Blöcke erzielt – in der Region Bratislava erreichte die nichtlinke Koalition SDKÚ-KDH-ANO-SMK-DS die überwältigende Mehrheit der Abgeordnetenmandate (40 von 46), in der Region Trenčín gewann die HZDS alle 45 Mandate.

rechts-Koalition – SDKÚ, KDH, ANO, SMK, DS – in der Region Bratislava. In den sieben anderen Regionen fand ein zweiter Wahlgang statt, an dem sich je zwei Kandidaten beteiligten, die die meisten Stimmen im ersten Wahlgang erzielt hatten. In zwei Regionen (Žilina und Trenčín) hatten die Kandidaten der HZDS großen Vorsprung, darum ließ sich das Ergebnis des zweiten Wahlganges leicht voraussagen. In weiteren fünf Regionen war das Kräfteverhältnis zweier Kandidaten nach dem ersten Wahlgang ziemlich ausgeglichen und die Ergebnisse des zweiten Wahlganges ließen sich nicht verlässlich voraussagen. In zwei Regionen, Trnava und Nitra, gelangten in den zweiten Wahlgang die Kandidaten der SMK, woraus auf Rivalität mit starkem ethnischen Hintergrund zu schließen war.

Vor dem zweiten Wahlgang konzentrierten sich die politischen Parteien, deren Kandidaten in die zweite Runde kamen, darauf, Unterstützung bei den Parteien zu gewinnen, deren Kandidaten nicht in den zweiten Wahlgang gelangten.

Vor dem zweiten Wahlgang konzentrierten sich die politischen Parteien, deren Kandidaten in die zweite Runde kamen, darauf, Unterstützung bei den Parteien zu gewinnen, deren Kandidaten nicht in den zweiten Wahlgang gelangten. Linksparteien – SDĽ und SMER – riefen ihre Wähler in den Wahlregionen Nitra und Trnava zur Unterstützung der Kandidaten slowakischer Nationalität (also Kandidaten der HZDS) auf. Auch in den restlichen Regionen brachten diese Parteien den Kandidaten der HZDS ihre Unterstützung entgegen. SMK unterstützte die Kandidaten der Mitte-rechts-Parteien (SDKÚ, KDH, DS) in den Regionen Banská Bystrica und Košice, sie selber jedoch erhielt nicht die Unterstützung aller dieser Parteien für ihre Kandidaten in den Wahlregionen Nitra und Trnava. Während SDKÚ und DS ihren Wählern empfahlen, die Kandidaten der SMK zu unterstützen (ähnlich ging auch die Partei ANO vor), lehnte es die KDH ab, ihre Wähler aufzufordern, die Kandidaten der SMK zu unterstützen. Ihren Standpunkt begründete die KDH damit, dass die definitive Entscheidung über Unterstützung eines bestimmten Kandidaten die zuständigen regionalen Vereine treffen, und diese sich nicht für die Unterstützung des Kandidaten der SMK entschieden hätten. Im zweiten Wahlgang verloren in zwei Regionen beide Kandidaten der SMK gegen ihre Rivalen und das mit weit größerem Abstand als im ersten Wahlgang. Die ethnische Karte zeigte sich hier als stark mobilisierendes Mittel. In zwei weiteren Regionen (Žilina und

Trenčín) bestätigten die Kandidaten der HZDS ihre klare Überlegenheit aus dem ersten Wahlgang und gewannen. Noch in zwei Regionen (Banská Bystrica und Prešov) erzielten Kandidaten einer Koalition mit Beteiligung der HZDS den Sieg mit knappem Vorsprung. In einer Wahlregion (Košice) gewann der Kandidat der Koalition KDH-DS, wobei es ihm als einzigm Kandidaten gelang, im zweiten Wahlgang den Gewinn des ersten Wahlganges zu verdreifachen.

Dank des guten Ergebnisses im zweiten Wahlgang bei der Wahl der Vorsitzenden der VÚC gelang es der HZDS, die schon in den Wahlen zu den Regionalparlamenten erzielten soliden Positionen zu stärken. Ergebnisse der Regionalwahlen kann man aber keinesfalls als triumphalen Sieg der HZDS bzw. der Opposition bewerten, die schon jetzt die Ergebnisse der Parlamentswahlen im September 2002 vorwegnehmen.

■ Innenpolitische Entwicklung der SR im Jahre 2001 und Aussichten für das Jahr 2002

Die innenpolitische Entwicklung der SR im Jahre 2001 wurde durch ein befriedigendes Stabilitätsniveau des institutionellen Systems, Anwendung demokratischer Prinzipien seitens der führenden politischen Organe und Fortsetzung der Umgruppierung der Kräfte im Rahmen des Parteiensystems gekennzeichnet. Die Beziehungen zwischen den höchsten Verfassungsinstitutionen hatten vorwiegend den Charakter guter Zusammenarbeit. Die Regierung bemühte sich um korrekte und ausgewogene Beziehungen zu den Vertretern der Zivilgesellschaft, der Glaubensgemeinschaften und der nationalen Minderheiten. Die Beziehungen zwischen der Regierungskoalition und der Opposition waren auch weiterhin durch Konfrontation gezeichnet, seitens der Regierungskoalition kam es aber nicht zu Bestrebungen, die Opposition durch legislative und administrative Schritte zu diskriminieren. Die Stabilisierung demokratischer Trends in der inneren Entwicklung der Slowakei wurde von bedeutenden internationalen Organisationen (vor allem der EU) positiv bewertet, ihre Beauftragten ermunterten die politischen Akteure zu verstärkter Reformbereitschaft. Außerordentliche Bedeutung für die Entwicklung des Landes

■ Die innenpolitische Entwicklung der SR im Jahre 2001 wurde durch ein befriedigendes Stabilitätsniveau des institutionellen Systems, Anwendung demokratischer Prinzipien seitens der führenden politischen Organe und Fortsetzung der Umgruppierung der Kräfte im Rahmen des Parteiensystems gekennzeichnet.

■ Als Folge eines Zweckbündnisses eines Teiles der Regierungskoalition mit den Oppositionsparteien wurden im Jahre 2001 Rechtsnormen durchgesetzt, die den ursprünglichen Regierungsvorstellungen nicht entsprachen (das betraf besonders Schlüssegesetze zur Reform der öffentlichen Verwaltung).

hatte die Verfassungsänderung, die mehrere systembedingte Ungereimtheiten des ursprünglichen Textes beseitigte (und dadurch das Risiko zur möglichen Entstehung von Situationen institutioneller Instabilität verringerte), den demokratischen Charakter des Staates festigte und die Bedingungen für die Respektierung der Menschenrechte verbesserte. Infolge der ständig deutlicher hervortretenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Parteien der Regierungskoalition in Bezug auf die Verwirklichung der Reformmaßnahmen war ihre konsequente Realisierung bedeutend erschwert. Die Aktionsfähigkeit der Regierung wurde wegen häufig auftretender Konflikte zwischen den Parteien der Koalition geschwächt. Die näherrückenden Parlamentswahlen 2002 beeinflussten die Regierungsparteien, die sich bei der Umsetzung der mit unpopulären Schritten verbundenen Punkte des Regierungsprogramms viel vorsichtiger verhielten. Diese Haltung war besonders für linksorientierte Akteure kennzeichnend. Als Folge eines Zweckbündnisses eines Teiles der Regierungskoalition mit den Oppositionsparteien wurden im Jahre 2001 Rechtsnormen durchgesetzt, die den ursprünglichen Regierungsvorstellungen nicht entsprachen (das betraf besonders Schlüsselgesetze zur Reform der öffentlichen Verwaltung). Das Auftreten der erwähnten Probleme und Schwierigkeiten berechtigt uns aber keineswegs dazu, von einem vollkommenen Stillstand der Reformpolitik zu sprechen. Die allgemeine Effektivität des Regierungshandelns wird bestätigt nicht nur durch die Tatsache, dass die schon angelaufenen Reformen in einigen wichtigen gesellschaftlichen Sektoren fortgesetzt werden (konstitutionelles und politisches System, Privatisierung, Restrukturierung des Banksystems), sondern auch durch die erfolgreiche Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit der EU. Im Rahmen der Verhandlungen ist es der Slowakei gelungen, insgesamt 22 der Beitrittskapitel abzuschließen mit der realen Perspektive, die weiteren Kapitel im Jahre 2002 abzuschließen.

Die Formierung der politischen Kräfte lässt die Frage über die mögliche Bildung einer Koalitionsregierung nach den Wahlen 2002 offen. Trotz der Bemühungen der größten Oppositionspartei, ihr Image auf Grund veränderter Rhetorik bezüglich der Außenpolitik zu ändern, kam es im Jahre 2001 zu keinen entscheidenden Änderungen im inneren Charak-

ter der HZDS, die ihr Koalitionspotenzial und somit auch die Aussicht auf Bildung einer Regierungskoalition unter Beteiligung der HZDS und von ihrem Programm her demokratisch orientierten Parteien nach der Wahl 2002 erhöhen könnte. Wahrscheinlicher ist in dieser Situation wohl die Bildung einer Koalitionsregierung aus den Parteien der jetzigen Koalition, die den Einstieg ins Parlament mit ihrem Wahlgewinn erreichen, zusammen mit den „alternativen“ Parteien, die sich derzeit als Oppositionskräfte profilieren, Wahlunterstützung jedoch vor allem aus der ehemaligen Wählerschaft der jetzigen Regierungskoalition schöpfen. Das künftige Modell dieser Koalition, falls sie zustande kommt, wird in bedeutendem Maße von den Koalitionsstrategien der jetzigen Regierungsparteien beeinflusst, die einen entscheidenden Faktor für den Ausgang der Wahlen darstellen dürften.

■ Anhang 1. Wahlen der Vorsitzenden der VÚC

Die Namen und Stimmenzahlen (zweiter Wahlgang) der siegreichen Kandidaten erscheinen fett.

VÚC	Kandidat	Abgegebene Stimmen im 1. Wahlgang	Abgegebene Stimmen im 2. Wahlgang
Bratislava	Ľubo Roman (SDKÚ-KDH-DS-ANO-SMK)	65 901	-
	Milan Čič (HZDS-SMER-SDĽ-SOP)	38 466	-
Trnava	Peter Tomeček (HZDS-SMER-SOP)	52 962	96 405
	József Kvarda (SMK)	42 324	60 377
Nitra	Milan Belica (HZDS-SDĽ-SOP)	76 315	134 625
	Miklós Féher (SMK)	66 763	84 706
Žilina	Jozef Tarčák (HZDS)	37 167	44 605
	Anna Malíková (SNS)	16 279	10 932
Trenčín	Štefan Štefanec (HZDS)	42 887	51 052
	Anna Zaborská (KDH-SDKÚ-DS)	18 388	24 102

VÚC	Kandidat	Abgegebene Stimmen im 1. Wahlgang	Abgegebene Stimmen im 2. Wahlgang
Banská Bystrica	Milan Marčok (HZDS-SMER)	36 033	52 746
	Jozef Mikuš (SDKÚ-DS-KDH)	28 393	47 980
Prešov	Peter Chudík (HZDS-SMER)	37 217	51 816
	Juraj Kopčák (SDKÚ-KDH)	46 162	51 574
Košice	Rudolf Bauer (KD-H-DS)	20 094	61 873
	Alojz Engliš (HZDS-SDĽ-SOP)	27 981	42 315

Anhang 2. Wahlen zu den VÚC-Vertretungen

Bratislava – 46 Abgeordnete

Partei/Koalition	Anzahl der Abgeordneten
SDKÚ-KDH-ANO-SMK-DS	40
HZDS-SMER-SDĽ-SOP-SZS	5
Unabhängige	1

Trnava – 40 Abgeordnete

Partei/Koalition	Anzahl der Abgeordneten
HZDS-SMER-SOP	24
SMK	14
KDH	2

Nitra – 52 Abgeordnete

Partei/Koalition	Anzahl der Abgeordneten
SMK	31
HZDS-SMER-SDS-SDĽ-SOP	20
SNS	1

Žilina – 52 Abgeordnete

Partei/Koalition	Anzahl der Abgeordneten
HZDS	31
KDH	8
SDĽ	4
PSNS	3
SDKÚ-DS-ANO	2
SOP	1
Unabhängige	3

Trenčín – 45 Abgeordnete

Partei/Koalition	Anzahl der Abgeordneten
HZDS	45

Banská Bystrica – 49 Abgeordnete

Partei/Koalition	Anzahl der Abgeordneten
HZDS-SMER	22
SMK	15
SDKÚ-KDH-DS-ANO	7
SDĽ	4
Unabhängige	1

Prešov – 60 Abgeordnete

Partei/Koalition	Anzahl der Abgeordneten
HZDS-SMER	30
KDH 8 SDKÚ	7
SDĽ	5
DS	2
ANO	1
SDĽ	1
KSS	1
Unabhängige	5

Košice – 57 Abgeordnete

Partei/Koalition	Anzahl der Abgeordneten
SDKÚ-SMER-SMK	24
HZDS-SDĽ-SOP	14
KDH-DS-ANO	10
SDSS	1
Unabhängige	8

■ Abkürzungen

- SDK Slowakische Demokratische Koalition
- SDKÚ Slowakische Demokratische und Christliche Union
- KDH Christlich – Demokratische Bewegung
- SMK Partei der Ungarischen Koalition
- SDĽ Partei der Demokratischen Linken
- SOP Partei der Bürgerlichen Verständigung
- HZDS Bewegung für eine demokratische Slowakei
- SNS Slowakische Nationale Partei
- PSNS Wahre Slowakische Nationale Partei
- ANO Allianz des neuen Bürgers
- SZS Partei der Grünen
- ZRS Arbeiterbund der Slowakei
- VÚC Höhere territoriale Einheit